

~~II - 4530~~ der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2226/18

1992-01-22

A N F R A G E

der Abgeordneten Rudi Anschober, Freunde und Freundinnen

an den Landwirtschaftsminister

betreffend aufklärungsbedürftiger Vorgänge rund um den Verkauf des Forsthauses  
Steinbach am Attersee durch die Bundesforste

Das Forsthaus Steinbach wurde 1988 von einer Privatperson, dem Bankengeneral H.,  
gepachtet. Vertraglich abgesichert wurde dabei, daß ein Investitionsvolumen von 633.000  
vom Pachtzeitpunkt abgezogen würde. Tatsächlich überschritten die Baukosten diesen Betrag  
jedoch um rund 2,2 Mio ÖS. Die Bundesforste mußten nun entweder diese Kosten  
rückzahlen oder aber das Areal abgeben. Weiteres soll nun inklusive eines Seegrundstückes  
von mehr als 4000 Quadratmeter zum Dumpingpreis von 7,6 Mio Schilling geschehen.  
Ohne öffentliche Ausschreibung und unter der völlig ungewöhnlichen grundbürgerlichen  
Absicherung des Baderechtes für das Ehepaar H.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten deshalb an den Landwirtschaftsminister folgende  
schriftliche

A N F R A G E

1. Ist es richtig, daß beim Verkauf des Areals Forsthaus und Seegrundstücke Steinbach auf  
eine öffentliche Ausschreibung verzichtet wird? Wenn ja, mit welcher Argumentation?
2. Um welche Gesamtsumme soll das Areal verkauft werden? Welche Schätzgutachten  
liegen den Bundesforsten zur Preiskalkulation vor?
3. Warum wurde der gutachterlich festgestellte Mindestpreis für das Seegrundstück von  
2200 ÖS/Quadratmeter auf 1600 gesenkt, obwohl dies weit unter dem üblichen  
Grundstückspreis vor Ort liegt?
4. Ist geplant, Herrn H. das Baderecht auf den Gründen der Bundesforste grundbürgerlich  
bei Kauf der genannten Liegenschaft zuzusichern? Wenn ja, mit welcher Begründung? Wie  
verträgt sich dies mit der Intention auf freien Zugang von Seeufern?
5. Warum war es möglich, daß Herr H. statt der vereinbarten Investition von 633.000 ÖS  
rund 2,8 Mio in die gepachtete Liegenschaft investierte?
6. Warum wurden von den Bundesforsten nicht rechtzeitig die nötigen gerichtlichen  
Konsequenzen gezogen?